

Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Erscheint wöchentlich 8 Mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend nachmittags zur Ausgabe. Abonnementpreis pro Monat 0.90 RM, frei ins Haus, einschließlich der Posten „Mein Garten“, „Die Frau und ihre Welt“, „Der bessere Mann“, „Praktisches Wissen für Alle“, „Unterhaltungsbeilage“. Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1.20 RM. Im Falle höherer Gewalt wird kein Schadenersatz geleistet.



Telegr. Abdr.: Zeitung.

Anzeigen werden die sechsgepalte 3mm hohe (breite) Zeile oder deren Raum mit 15 Pfg. berechnet; auswärts 20 Pfg. Bei Wiederholung entsprechender Rabatte. Reklamen kosten pro Zeile 40 Pfg. Verbindlichkeit für Probe, Datumschrift und Beleglieferung ausgeschlossen. Annahmehochst für Offerten und Auskunft beträgt 15 Pfg. Zeitungsbeilagen werden billiger berechnet. Zahlungen an Postkonten frankiert am Main Nr. 20711

Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer Spangenberg

Nr. 21 Donnerstag, den 16. Februar 1933 26. Jahrgang.

Schutz der Landwirtschaft Ausdehnung des Vollstreckungsschutzes durch Notverordnung auf das ganze Reich Genfer Ohnmacht

Berlin, 16. Februar.

Der Artikel 11 der Völkervereinbarung stellt ausdrücklich fest, daß jeder Krieg und jede Bedrohung mit Krieg, mag diese unmittelbar ein Bundesmitglied betreffen werden oder nicht, eine Angelegenheit des ganzen Völkerbundes ist und daß dieser die zum wirksamen Schutz des Völkerfriedens geeigneten Maßnahmen zu ergreifen hat. Es wird weiter festgestellt, daß jedes Bundesmitglied das Recht hat, die Aufmerksamkeit des Völkerbundes auf jede Friedensstörung zu lenken.

Im Vertrauen auf diese Bestimmungen der Völkervereinbarung hat die chinesische Regierung im September 1931 in Genf Klage gegen Japan erhoben, das unter nichtigen Vorwänden wider alles Recht in die Mandchurien eingedrungen war und sich dort häuslich niederzulassen ließ. Die Genfer Völkervereinbarung hat dann auch das für solche Streitfälle vorgesehene langwierige Verfahren in die Wege geleitet. Unzählige Male haben sich der Völkervereinbarung, der Völkervermittlung, und der von dieser beherrschte Neuzehner-Ausschuss mit der Angelegenheit beschäftigt. Spezialausschüsse wurden nach dem Osten entsandt und immer wieder neue diplomatische Schritte in Tokio und Peking unternommen, ohne daß es jedoch zu einem entscheidenden Entschluß gekommen wäre, der den unhaltbaren Zuständen im Fernen Osten ein Ende gemacht und die Japaner in ihre Schranken zurückgeworfen hätte.

Während sich das phantastische Prozedere durch die Verschleppungstaktik des Völkerverbundes immer weiter ausweitete, nahm der mandchurische Konflikt von Monat zu Monat bedrohlichere Formen an. Wenn auch keine amtliche Kriegserklärung erfolgt war, so herrschte doch tatsächlich offener Kriegszustand im Fernen Osten. Mit allen Mitteln der modernen Kriegstechnik, mit Tanks, Artillerie und schwerer Artillerie legte die japanische Flotte unbefürchtet um die chinesischen Vorposten beim Völkerverbund ihren Eroberungszug in der Mandchurien fort und ruhte nicht eher, bis sie sich das 2.000.000 Quadratmeilen große Gebiet restlos unterworfen hatte. Um die Aufmerksamkeit der Mächte von den Vorgängen in der Mandchurien abzulenken, wurde zwischen China das blutige Abenteuer von Schanghai inszeniert. Unterdessen wurde die Welt durch die Propaganda des „unabhängigen“ Staates Mandschukuo vor vollendete Tatsachen gestellt. Aber nicht genug damit, durch die Eroberung der Stadt Schanghai trug Japan den Krieg auf das eigentlich chinesische Gebiet jenseits der Großen Mauer hinüber und trifft jetzt neuerdings die letzten Vorbereitungen, um auch die rein chinesische Provinz Jehol dem mandchurischen Staat und damit dem japanischen Interessengebiet gewaltsam einzuverleiben.

Soweit hat Japan seine imperialistischen Pläne in Ostasien ungehindert durchsetzen können, bis der Völkerverbund sich endlich zu einem scheinbar energiegelassen Wort aufparoliert. Nach einem mehr als 16 Monate hingezogenen Schlichtungs- und Vermittlungsverfahren auf Grund des Artikels 15 der Völkervereinbarung hat sich die Genfer Körperschaft nunmehr entschlossen, zu Absatz 4 überzugehen, der in einem Bericht die Feststellung des bisherigen Mißerfolges, und die Aufforderung zur Beseitigung fordert, daß der Völkerverbund zur Lösung der Frage als die gerechtesten und geeignetsten empfiehlt.

Der Neuzehner-Ausschuss der Völkervermittlung hat daraufhin einen Bericht ausgearbeitet, der sich im großen und ganzen auf die Empfehlungen der Lyttton-Kommission stützt, die seinerzeit im Auftrage des Völkerbundes den Konflikt an Ort und Stelle untersucht hat.

Der Neuzehner-Ausschuss hat in seiner letzten Sitzung grundsätzlich beschlossen, der für nächsten Dienstag anberaumten außerordentlichen Völkerverbundsversammlung die zur Lösung des Fern-Ost-Streites vorgesehene Maßnahmen in folgender Reihenfolge vorzuschlagen: 1. Rückziehung der japanischen Truppen aus der Mandchurien bis zur japanischen Eisenbahnzone. 2. Schaffung der Autonomie in den drei östlichen Provinzen unter der Oberhoheit Chinas. Einrichtung der Verwaltung, Schaffung internationaler Kontrolle und der Wankamerie.

Der Grundriss der Oberhoheit Chinas in den drei östlichen Provinzen wird an die Spitze der Empfehlungen des Berichtes gestellt. Der Name Mandschukuo wird in dem Bericht überhaupt nicht genannt. In den Empfehlungen wird betont, daß der Rückzug der japanischen Truppen die unerlässliche Voraussetzung für die Schaffung eines erträglichen Zustandes und für die gesamte Regelung dieses Streites bildet. Der vorgesehene diplomatische Verhandlungsausschuss, in dessen Händen die weitere Konfliktregelung gemeinlich mit den beteiligten Regierungen gelegt werden soll, soll sich zusammenlegen aus den Vertretern der Unterzeichnerstaaten des Washingtoner Neumächte-Abkommens, zu

dem alle großen Kolonialmächte gehören, ferner die Vertreter der dem Neuzehnerausschuss angehörenden Mächte, falls diese es wünschen. Ferner sollen Amerika und Sowjetrußland zur Beteiligung am Ausschuss eingeladen werden.

Die Entscheidung der Völkerverammlung des Völkerverbundes über die Empfehlungen des Ausschusses ist etwa für Freitag zu erwarten. Falls Japan, wie allgemein erwartet wird, die Empfehlungen ablehnt und China sie annimmt, so treten die Bestimmungen des Artikels 15 Absatz 6 in Kraft, nach denen alle Völkerverbundsstaaten, also auch Japan, verpflichtet werden, keinen Krieg gegen China zu führen. In Genfer Völkerverbundsstaaten wird jedoch bezeichnenderweise jetzt schon darauf hingewiesen, daß die Bestimmungen des Völkerverbundesvertrages für den völkerrechtlich außerordentlich verwickelten Fern-Ost-Streit in keiner Weise ausreichen, da der im Völkerverbundsvertrag allein angeführte amtliche Kriegsfall nicht vorliegt (?). Somit bleibe völlig ungeklärt, welche praktischen politischen Folgen sich aus einer Ablehnung der Empfehlungen durch Japan für die übrigen Mächte ergeben. Nur im Falle eines weiteren militärischen Vorgehens Japans in der Provinz Jehol könnte ein Kriegsfall als vorliegend angesehen werden. Aus maßgebenden japanischen Kreisen verlautet, daß die japanische Regierung ihre endgültige Entscheidung erst nach der Entscheidung der außerordentlichen Völkerverbundsversammlung fassen wird. Im Falle der Annahme der Empfehlungen soll Japan beschließen, entweder unverzüglich seinen Austritt aus dem Völkerverbund anzumelden oder sich ohne eine solche Erklärung vom Völkerverbund und der Völkerverbundsversammlung zurückziehen.

Anwählig kündigt die japanische Regierung ein Ultimatum an China an, das den Rückzug der chinesischen Truppen aus der Provinz Jehol innerhalb einer bestimmten Frist fordert. Bei Nichterfüllung des Ultimatus würden die japanischen und mandchurischen Truppen mit militärischen Maßnahmen großen Ausmaßes beginnen. Andererseits erklärt der chinesische Reichspräsident, daß die japanischen Ultimaten nicht beachtet werden würden. In demselben Sinne äußerte sich der stellvertretende chinesische Ministerpräsident. Die chinesische Armee werde bis zum letzten Blutstropfen kämpfen.

Wir werden also mit einem Wiederaufflammen des Kriegsbrandes in Ostasien rechnen müssen. Und der Völkerverbund, der eigentlich der Hüter des Völkerfriedens sein soll, steht all diesen Vorgängen ohnmächtig gegenüber...

Erweiterter Vollstreckungsschutz

Durch Notverordnung des Reichspräsidenten. — Ausnahmen aus Billigkeitsgründen.

Berlin, 16. Februar.

Die vom Reichskabinett verabschiedete und vom Reichspräsidenten unterzeichnete Verordnung über den landwirtschaftlichen Vollstreckungsschutz wird nunmehr im Wortlaut veröffentlicht. Die wesentlichen Bestimmungen der neuen Verordnung enthält der Paragraph 1, der folgenden Wortlaut hat:

Um die zur Gesundung der deutschen Landwirtschaft eingeleiteten Maßnahmen auch den Inhabern und Gläubigern der Betriebe zugute kommen zu lassen, deren Bestand durch Zwangsvollstreckungsmaßnahmen gefährdet ist, wird der bestehende Vollstreckungsschutz vorübergehend nach Maßgabe der folgenden Vorschriften erweitert:

1. Zwangsversteigerungen landwirtschaftlicher, forstwirtschaftlicher und gärtnerischer Grundstücke dürfen vorbehaltlich der in den Ausführungsvorschriften zu bestimmenden Ausnahmen in der Zeit bis zum 31. Oktober 1933 nicht durchgeführt werden.

2. Zwangsvollstreckungen wegen Geldforderungen in Gegenstand des beweglichen Vermögens, die einem landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen oder gärtnerischen Betriebe dienen oder zum Hausrat des Betriebshabers und seiner Familie gehören, sind vorbehaltlich der in den Ausführungsvorschriften zu bestimmenden Ausnahmen bis zum 31. Oktober 1933 nicht zulässig.

Die Veränderungen, die sich gegenüber dem gegenwärtigen Rechtszustand aus der Verordnung des Reichspräsidenten und der Ausführungsvorschriften ergeben, sind folgende: 1. Allgemeine Norm für die Annullierung des Zwangsversteigerungs: Einseitige Einstellung des Verfahrens kraft Gesetzes bis zum 31. Oktober 1933, und zwar auch dann, wenn der Zustand bei Inkrafttreten der Verordnung schon erfüllt, aber noch nicht rechtskräftig war, vorzeitige Fortsetzung des Verfahrens nur auf Antrag des Gläubigers, und zwar unter folgenden Ausnahmeständen:

a) Nichterfüllung der nach Inkrafttreten der Verordnung fällig werdenden Annuitäten der ersten Hypothek. Gesamtbestand: An-

ständ infolge Preisunterverhältnisse; b) Betreibung des Verfahrens wegen Forderungen aus Betriebsfortschritten bzw. aus Versicherungen oder Leistungen für die Erntejahre 1932 oder 1933 — ebenfalls Gesamtbestand; Natürlicher oder wirtschaftlicher Zustand wie zu a); c) nicht ordnungsmäßige Wirtschaftsführung; d) Ausbleiben der Entscheidung bei den aus dem Vollstreckungsverfahren entstehenden Grundstücken;

2. Befristung der Mobiliarzwangsvollstreckung ebenfalls bis zum 31. Oktober 1933. Ausdehnung des Vollstreckungsschutzes auf das gesamte zum Betriebe gehörige bewegliche Vermögen einschließlich des Hausrates (mit Ausnahme von Luxusgegenständen);

Gruppierung der Forderungen in a) privilegierte, b) nichtprivilegierte, denen die Mobiliarzwangsvollstreckung in das unter Vollstreckungsschutz stehende Vermögen ganz verlagert ist;

Scheidung der privilegierten Forderungen in a) solche, aus denen in das geschützte Betriebsvermögen vollstreckt werden kann, bei denen aber der Vollstreckung der Einwand des Notstandes entgegengehalten werden kann. (Insbesondere Betriebskredite und Lieferungen und Leistungen für das Erntejahr 1932 und 1933, die laufenden Annuitäten der ersten Hypotheken, Steuern und Sozialabgaben sowie für die Zeit seit dem 1. April 1932 geschuldet werden); b) solche, deren Vollstreckung nur den sich aus den allgemeinen Beschränkungen ergebenden unterliegt; (Insbesondere laufende gesetzliche Unterhaltsansprüche, Wohnforderungen auch für die Vergangenheit, die laufenden Sonderleistungsprämien).

Befristung der Pflicht der Ableistung des Offenbarungsbesides.

3. Besondere Vorschriften über die Zwangsvollstreckung gegen Siedler, insbesondere aus Räumungsurteilen.

Der Zweck der Verordnung

Die Inkraftsetzung der Verordnung erfolgte mit Wirkung vom 16. Februar ab; ebenso treten an diesem Tage die Ausführungsbestimmungen in Kraft. Ueber den Zweck der neuen Verordnung wird erklärt, daß die Maßnahmen auf dem Gebiete des Vollstreckungsschutzes keineswegs als ein Willkürmittel anzusehen sind, sondern nur als ein Einbürgerungsmittel.

Je eher die Landwirtschaft wieder rentabel gestaltet werden könne, um so eher sei ein Abbau der verschiedenen Hilfsmassnahmen möglich.

Die Gefahren, die sich aus der getroffenen Regelung auch für die Gläubiger ergeben, seien von der Regierung keineswegs verkannt worden. Der allgemeine Vollstreckungsschutz stelle gewissermaßen eine Umkehrung des bisherigen Zustandes dar, kraft Gesetzes würden alle schwebenden Zwangsvollstreckungsverfahren gegen land-, forstwirtschaftliche und gärtnerische Betriebe eingestellt und nur auf Antrag des Gläubigers unter gewissen Voraussetzungen weiterbetrieben.

Polizei-Sonderkommissar

Polizeikommandant Stieler von Heidekamp zum Sonderkommissar für Rheinland-Westfalen mit besonderen Vollmachten bestellt.

Berlin, 16. Februar.

Der preussische Minister des Innern hat mit sofortiger Wirkung über die Wahlzeit hinaus den höheren Polizeiführer im Westen, Polizeikommandant Stieler v. Heidekamp, zum Sonderkommissar mit besonderen Vollmachten für die Provinzen Westfalen und Rheinland, ohne Signierungen, bestellt. Als Chef des Stabes tritt zu ihm Polizeimajor von Oven. Der höhere Polizeiführer im Westen, der dem preussischen Innenminister unmittelbar unterstellt ist, übernimmt die einheitliche Leitung der gesamten staatlichen und kommunalen Polizei sowie die der Landjäger in Rheinland und Westfalen. Seine Anordnungen ergeben im Auftrage des preussischen Ministers des Innern.

Polizeikommandant Stieler von Heidekamp, der aus dem Kadettenkorps hervorgegangen ist und gegenwärtig im 52. Lebensjahre steht, hat den Krieg als Major und Bataillonskommandeur im 3. Garde-Regiment mitgemacht und ist nach dem Kriege zur Schulpolizei übergetreten. Im Jahre 1927 kam er als Polizeioberleutnant zum Polizeipräsidium Essen, wurde dann vorübergehend zur höheren Polizeischule in Bonn versetzt und 1928 unter Ernennung zum Polizeiobersten zum Polizeipräsidium Neudorfhausen versetzt. 1932 wurde Stieler v. Heidekamp zum Polizeikommandant und zum höheren Polizeiführer für den Westen ernannt.

Polizeipräsident Graf v. Bochum ist mit sofortiger Wirkung beurlaubt worden. Graf war früher bei den christlichen Gewerkschaften tätig.

Wirtschafts-Sekretariat

Berlin, 15. Februar.

In einer Unterredung mit Vertretern des Mittelstandes, des Handwerks und des Einzelhandels legte Reichswirtschaftsminister Dr. Hugenberg zu. Im neuen Haushaltsplan die Einziehung von Mitteln für die Errichtung eines Staatssekretariats für den Mittelstand zu beantragen. Das neue Staatssekretariat wird dem Reichswirtschaftsministerium angegliedert und hat die Aufgabe, in der Wirtschaftspolitik des Reiches und Preußens dafür zu sorgen, daß die Gesichtspunkte mittelständlicher Wirtschaftserfassung praktische Berücksichtigung finden.

Ferner wies Minister Hugenberg in der Besprechung auf die Notwendigkeit hin, die ungelagerte Zentralisierung des mittelständlichen und ländlichen Kredits, die mit Kriegsbeginn eingeleitet habe, wieder abzubauen und zugleich auch solche Härten und Schäden zu beseitigen, wie sie sich z. B. durch die hohen Aufstellungen nicht entsprechende Belastung der Osthilfe zu Lasten des Handwerks, Einzelhandels usw. entwickelt habe. Er sei mit den zu treffenden neuen Maßnahmen beschäftigt und werde sie entsprechend der großen Wichtigkeit der Sache beschleunigen.

Hugenberg untersucht die Handhabung der Osthilfe.

Der Reichskommissar für die Osthilfe, Reichsminister Dr. Hugenberg, beabsichtigt, einen Sonderauschuß zur Untersuchung der angeblichen Mißstände im Osthilfe- und Siedlungswesen anzulegen, der in der Hauptphase aus Mitgliedern des mit dem Reichstage aufgelösten Unterausschusses bestehen soll.

Preußens Vertreter im Reichsrat

In der Frage der Personalveränderungen in Preußen erwartet man in politischen Kreisen entscheidende Beschlüsse von der für den heutigen Mittwoch angekündigten Sitzung der kommissarischen preußischen Staatsregierung. Wie bereits angekündigt, sollen Umbeziehungen im leitenden Verwaltungs- und Polizeidienst durchgeführt werden.

Die neue preußische Vertretung im Reichsrat wird dem Vernehmen nach nach den Beschlüssen der kommissarischen Staatsregierung folgende Zusammenstellung aufweisen:

Bevollmächtigte des preußischen Staates sind die Kommissare des Reiches: Disenhaner von Papen, Göring, Hugenberg, Popitz, Höflicher und Ruff; Stellvertreter des Bevollmächtigten im Hauptamt: Staatssekretär Dr. Nobis, die Ministerialdirektoren Dr. Landfried, Schäpe, Neumann, Dr. Hog (Finanzministerium) und Hauptmann a. D. Körner (Ministerium des Innern).

Die Ministerialdirektoren Dr. Badt, Brecht und Cohnmann sind in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden.

Ausschuß aufgelöst

Dr. Frank übernimmt den Vorsitz im Ueberwachungsausschuß.

Berlin, 15. Februar.

Der Ueberwachungsausschuß des Reichstages, der unter dem Vorsitz des Sozialdemokraten Cöbe zu einer neuen Sitzung zusammentrat, ist erneut aufgelöst.

Ueber den Verlauf der Sitzung wird mitgeteilt: Als der Ausschussvorsitzende Cöbe die Sitzung für eröffnet erklärte, legte bei den Nationalsozialisten toben der Värm ein, der mehrere Minuten andauerte. Cöbe gelang es nicht, eine Erklärung abzugeben. Schließlich erhob sich der stellvertretende Vorsitzende, der Nationalsozialist Dr. Frank II. und gab folgende Erklärung ab:

„Ich stelle fest, daß der Vorsitzende nicht imstande ist, die Sitzung zu leiten, weil die größte Fraktion des Hauses, und damit die Vertreterin des deutschen Volkes, es nicht dulden wird, daß ein Marxist und Verleumder weiter die Ausschussverhandlungen leitet. Da der Vorsitzende somit verhindert ist, den Ausschussvorsitz zu führen, übernehme ich als stellvertretender Vorsitzender die Leitung der Verhandlungen.“

Dr. Frank begab sich gleichzeitig zu dem Platz des Vorsitzenden Cöbe und verdrängte diesen von seinem Platz, um selbst den Vorsitz des Ausschusses zu übernehmen. Die Vertreter der Sozialdemokraten und Kommunisten verließen darauf den Saal.

Der stellvertretende Vorsitzende Dr. Frank eröffnete darauf die Sitzung mit einem Nachruf für die Opfer der Katastrophe von Neutirchen nochmals und erklärte danach die Sitzung zum Zeichen der Trauer für geschlossen.

Zwischenfälle

Nach der Sitzung kam es an der Ausgangstür zu erregten Auseinandersetzungen zwischen den sozialdemokratischen und den kommunistischen Abgeordneten auf der einen und den Nationalsozialisten auf der anderen Seite. Der sozialistische Abgeordnete Morath, der sich ebenfalls der Ausgangstür näherte, eine Zigarre im Munde, erhielt von einem nationalsozialistischen Abgeordneten der ihm vortrat, während der Bewegung Dr. Frank geräusch zu haben, einen Faustschlag in den Rücken. Abg. Morath protestierte und verließ dann den Saal.

Anschließend hat auch der Vorsitzende der Deutschen Volkspartei, Dr. Dingeldey, telegraphisch beim Reichstagspräsidenten Göring und beim Vorsitzenden der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion, dem Reichsinnenminister Dr. Frick, Einspruch erhoben und volle Genugthuung verlangt.

Bericht an Göring

In einem Brief an den Reichstagspräsidenten Göring führt Dr. Frank II. zu den Vorgängen im Ueberwachungsausschuß des Reichstages aus, obwohl die nationalsozialistische Fraktion erklärt habe, daß sie den Abg. Cöbe solange als der Funktion eines Ausschussvorsitzenden unwürdig betrachten werde wie er die Zerstörung „Abfall der Demokratie“ nicht mit dem Ausdruck des Bedauerns zurücknehme, habe Abg. Cöbe verurteilt, den Vorsitz wieder zu übernehmen. Als sich das als unmöglich herausgestellt habe, habe er dann als stellvertretender Vorsitzender den Vorsitz übernommen.

„Daraufhin“, so heißt es in dem Schreiben dann weiter, „begab ich mich an den Platz des Herrn Cöbe. Herr Cöbe trat ohne weiteres zurück, irgendeine Gewaltanwendung, irgendein Weggehen des Herrn Cöbe hat nicht stattgefunden.“

Zum Fall Morath betont Abg. Frank II. er sei nicht Zeuge des Vorfalls gewesen und müsse daher zunächst den Bericht des Fraktionsbüros abwarten. Angeblich lie einem Abgeordneten, der während der Trauerfeier die Zigarre im Munde behalten habe, die Zigarre aus dem Munde fortgenommen worden.

Fürsorge für Kriegssopfer

Reichsminister Hitler empfängt Vertreter der Kriegssopfer.

Berlin, 16. Februar.

Reichsminister Hitler empfing den Vorsitzenden des Reichsverbandes Deutscher Kriegssopfer, Dietrich Lehmann, und den Reichstagsabgeordneten Oberländer und ließ sich die besonderen Wünsche der Kriegssopfer betreffend Verbesserung ihrer Verpflegung und Fürsorge vortragen. Der Reichsminister erklärte, daß er sich auch als Reichsminister den Kriegssopfern gegenüber als Kamerad fühle und besorg sei, bereits in kürzester Frist dringend notwendige Verbesserungen in der Verpflegung- und Fürsorgegesetzgebung durchzuführen.

Am Freitag wird der Ratsler Vertreter des gewerblichen Mittelstandes zu einer Besprechung empfangen.

Kampf gegen Revision

Ausbau der Kleinen Entente zu einem kleinen Völkerverbund.

Genf, 16. Februar.

Die Außenminister der Tschechoslowakei, Rumäniens und Jugoslawiens haben auf einer Tagung in Genf den Ausbau der Kleinen Entente beschlossen und die Errichtung eines ständigen Sekretariats in Genf vorbereitet. Diese organisatorischen Umänderungen sollen die drei Staaten in Stand setzen, als einheitlicher internationaler Organismus zu handeln.

Während also auf der Abrüstungskonferenz die französischen Vorschläge zur Organisation eines gesamteuropäischen Sicherheitsystems gegen jede Revision verhältnismäßig wahrscheinlich sind, hat sich gleichzeitig in Genf eine Entwicklung angebahnt, die ganz in der Linie der französischen Vorschläge liegt und ihre auf den Danubium bezogene Verwirklichung darstellt: Die Umgestaltung der Kleinen Entente aus einem politisch-militärischen Bündnis zu einem Staatenbund, d. h. wie das amtliche Communiqué besagt, zu einem „einheitlichen internationalen Organismus.“ Dieses neue Gebilde, ein Völkerverbund im Kleinen entspricht in seiner regionalen Begrenztheit genau den Zielen, die

gründet im großen und in weitauswärtiger Latenz im Völkerverbundspolitik, seinen europäischen Föderationsplan und schließlich mit dem Konstruktionsplan verfolgt hat.

Der feste organisatorische Rahmen, der künftig Tschechoslowakei, Südslawien und Rumänien umschließt, ist ebenfalls nichts anderes als ein neues Instrument im Kampf des Versailler Systems gegen den Panisimus, dem besonders der tschechische Außenminister Benesch, der auch der Schöpfer der neuen Organisations- und wachsenden künftig als ihr Mandatar auftritt, in letzter Zeit offensichtlich den Kampf angelegt hat.

Die Sicherung des Status quo, die unangefochten als des neuen Blodes hervortritt, beruht freilich auf dem Beteiligen auf einer viel größeren Gemeinsamkeit der Interessen als seine zweite Aufgabe, die wirtschaftliche Frontstellung innerhalb der Kleinen Entente konnte bei periodischen Konferenzen der letzten Jahre nur mühsam überbrückt werden; zwar geben auch für die Unzufriedenheit wie vor allem Rumänien, politische Erwägungen, die finanziellen Bedürfnissen parallel gingen, immer mehr den Ausschlag und die Präferenzverträge mit Deutschland die den notwendigen Agrarflächen des Südbalkans eine wirtschaftliche Erleichterung ihrer Wirtschaftslage gebracht haben konnten nicht zur Auswirkung kommen.

Nachdem andererseits die verschiedenen von Frankreich geförderten Wirtschaftsvorhaben, zuletzt der Tardieu-Plan auf entscheidende Hindernisse gestoßen sind, muß man ein größeres Interesse den weiteren Nachrichten entgegennehmen, die zeigen werden, ob es diesmal gelingt, die französischen Hegemoniepläne auch auf wirtschaftlichem Gebiete trotz agrarisch-industriellen Spannungen, die innerhalb des Balkanbundes zwischen, durchzuführen.

Bankenkrise in Amerika

New York, 16. Februar.

Nach dem Beispiel Deutschlands im Jahre 1931 hat jetzt auch der amerikanische Bundesstaat Michigan Bankfeiertage einführen müssen. Während eine erste Verordnung des Gouverneurs acht Bankfeiertage vorsah, sind jetzt noch eine neue Verordnung die Bankfeiertage dadurch abgemildert worden, daß die Einleger von ihren Sparanlagen bis zu 5 v. H. der Gesamteinlagen wieder abheben können. Zum Ausgangspunkt haben die Schwierigkeiten im Staat Michigan, dem Zentrum der amerikanischen Automobilindustrie, die Krise in der Union-Guardian-Bank. Rechtzeitig ist noch die Rolle, die dabei der amerikanische Automobilkonzern Ford, der etwa 7.1 Millionen Dollar bei der Bank eingezahlt hatte, gespielt hat.

Von den Bankfeiertagen im Staate Michigan sind auch 500 Banken und Finanzinstitute betroffen.

Die deutsche Verkehrsminister

Eine Rede des Reichsverkehrsministers.

Berlin, 16. Februar.

Bei Eröffnung des Internationalen Kongresses für Kraftverkehrswirtschaft in Berlin legte sich Reichsverkehrsminister Freiherr von Eickstedt für die Regelung des Weltverkehrs zwischen den Eisenbahnen und den Kraftfahrzeugen ein.

Das Endziel sei, der Allgemeinheit für jeden notwendigen Transport das jeweils am besten geeignete Verkehrsmittel zur Verfügung zu stellen und das dann derart mit Verkehrsmitteln aller Art zu versorgen, daß der Verkehr so schnell und so billig wie möglich bedient wird.

Eine völlige Angleichung der Bedingungen, unter denen beide Verkehrsmittel arbeiten, sei weder möglich noch zweckmäßig. Die Regelung des Perlenverkehrsverkehrsmittels habe sich im allgemeinen bewährt. Ueber die Wirkungen des Güterverkehrsregelungen seien gegenwärtig bei den Landesbehörden Erhebungen im Gange.

Verminderter Ausfuhrüberschuß

Berlin, 16. Februar.

Im Januar sind die Einfuhr und Ausfuhr, wie es zu erwarten war, stärker gefallen. Im einzelnen betrug die Einfuhr 368 Millionen RM und die Ausfuhr 391 Millionen RM, so daß der Monat Januar mit einem Ausfuhrüberschuß von 23 Millionen RM gegenüber 68 Millionen RM im Dezember abschließt.

WOLFGANG MARKEN:

KARL der Kleine

VERKEHR-SCHUTZ DURCH VERLAG OSKAR MEISTER, WERDAU (50. Fortsetzung.)

Haterton fährt mit dem Auto zu Colleoni senior, der in einem kleinen, unscheinbaren Häuschen am Rande von Neuport wohnt.

Er klingelt an der Gartenpforte. Ein Neger kommt den Kiesweg entgegen und fragt höflich: „Was wünschen?“

„Ich möchte Mister Colleoni sprechen!“

„Mister Colleoni nicht zu sprechen sein!“

„Ist er nicht da?“

„Doch... aber hat Tommy verboten, Gäste anzunehmen!“

„So hier, Tommy, hast du meine Karte. Die gibst du deinem Herrn und sagst ihm, daß ich wegen seines Sohnes komme.“

Der Schwarze spült die Ohren und wiegt den Kopf hin und her. Schließlich geht er mit der Karte ab.

Nach wenigen Augenblicken steht Haterton selbst vor Colleoni.

„Good dan, Mister Colleoni!“

„Good dan, Mister Haterton! Mein Tommy hat Sie abgemeldet. Das sollte er natürlich nicht, aber wer denkt, daß ein Haterton zu dem alten Colleoni kommt?“

Der Bankier hat Mühe, seinen Kollegen zu betrachten, und mit einem Male bekommt er einen anderen Eindruck. So sieht nicht ein schlechter, so sieht ein unglücklicher Mensch aus.

„Es ist ein besonderes Ereignis, Mister Colleoni, das mich zu Ihnen führt. Haben Sie die Nachricht von Ihrem Sohne gelesen?“

„Ich habe keinen Sohn mehr! Schon jahrelang nicht mehr! Hat man ihn irgendwo und wo ausgehängt? Er war ja verdammt tüchtig unter den Armen!“

„Ihr Sohn? Aber was für ein Bild entwerfen Sie da, Mister Colleoni!“ sagt Haterton topischüdelnd. „Ich habe Ihren Sohn auf der Fahrt nach Bernabucco im Zepplin kennengelernt.“

„Meinen... Sohn? So nobel gibt er sich?“

„Er ist ein ganz charmanter junger Mann.“

„Haterton!“ poltert da Colleoni los. „Wollen Sie mich zum Narren halten? Alfredo ist ein Schuft, ein Schurke... er war immer ein gewalttätiger, schlechter Patron... charmanter... daß ich nicht lache! Wissen Sie, warum ich keinen Sohn mehr habe?“

„Hier... in der rechten Seite, da steckt noch die Kugel, die er mir meuchlings zugebracht hatte, um zu erben, mein... Sohn... gottlob nicht mein eigen Fleisch und Blut, nur mein Stiefsohn!“

Haterton sitzt wie angewurzelt, er weiß nicht, was er sagen soll.

„Sie haben den alten Colleoni aufgefuchst, Haterton! Danke Ihnen! Die anderen machen einen großen Bogen um mich. Weil ich nicht mehr lachen kann... weil ich finstler blide... da... da muß ich schief sein, meinen Sie, den Wucherer von Neuport?“

„Nein, nein, Sie haben mich jahrelang meine Geschäfte haben noch nie das Licht der Sonne geseht... ich habe aufgepaßt... aber ich brauche mich nicht zu verstecken! War ein armer Teufel wie ich in dieses verfl... Land kam... ja... ein armer Teufel. War Seemann einst... und da habe ich einmal unten in Südamerika... eine Frau lieb gehabt... sie war nicht schön... aber... ich hatte sie gern.“

„Habt nicht gemerkt am Anfang, daß sie so reich war... und... da, eines Tages, da hat sie mir vorgehalten, daß ich ein armer Teufel sei, ein Wurm, der vor ihr im Staube kriechen müßte, und das hat mich zum reichen Manne gemacht! Lachen Sie... ja, Haterton, lachen Sie!“

Colleoni machte eine Pause und holt tief Atem.

„Ich bin nach Neuport gekommen und habe gedacht, habe gepart und bin vorwärts gekommen. Ich habe gelernt, mit dreißig Jahren habe ich gelernt, was andere mit zehn in der Schule lernten... und habe Stein auf Stein aufbauen getragen. Und... jetzt... jetzt befinde ich zwanzig Millionen Pfund! Einmal, da habe ich gedacht: Wenn du reich bist, dann wirst du vor die Frau hintreten und sie verführen. Aber... daran dachte ich schon nicht mehr, als ich die blutjunge Tänzerin heiratete. War eine schlechte Ehe. Sie brachte einen Knaben mit. Der wuchs heran, und fast hätte er mich weggeputzt, wenn mein Tommy nicht gewesen wäre. Und jetzt kommen Sie und erzählen mir von meinem Sohn. Was ist denn mit ihm?“

„Haben Sie die Vorfälle in Uruguay nicht verfolgt?“

„Nein, was ist geschehen? Ich war zwei Tage krank!“

„Revolution! Eine neue Regierung ist gebildet!“

„Dann... ich habe drei Millionen Dollar Obligationen der Regierung von Uruguay in meinem Safe liegen, die von Charles Shersborough als Sicherheit nahm! Schade, Sicherheit jetzt! Was ist aber mit meinem Sohne?“

„Er steht an der Spitze der Regierung!“

Colleoni bringt vor Ueberraschung kein Wort heraus und schüttelt den Kopf.

„Mein Sohn? No... no... das glaube ich nicht! Das ist der Mann nicht mein Sohn und trägt nur seinen Namen.“

„Was werden Sie tun?“

„Ich reise sofort nach Montevideo!“

„Um sechs Uhr geht der Zepplin von Neuport ab. Sie müssen Sie ihn.“

„Ja! Dank für die Mitteilung, Mister Haterton... vielen Dank, daß Sie mich besucht haben. Es hat mir sehr gefallen, einmal zu einem Menschen reden zu können.“

Sie schieden voneinander als gute Freunde, und Colleoni bestellte sich telefonisch einen Platz im Zepplin nach Montevideo.

Der Senat tagte in Washington.

Der amerikanische Geschäftsträger in Montevideo hat telegraphiert, daß alles ruhig sei und die gegenwärtige wirtschaftliche Regierung mit großer Tatkraft und Umsicht die Regierungsbildung durchführe.

Besonders Alfredo Colleoni, der Generalbevollmächtigte der erst seit einigen Tagen Staatsbürger von Uruguay geworden sei, habe sich als außerordentlich umsichtig erwiesen und genieße das volle Vertrauen der Bevölkerung, bei der er sich durch den fabelhaften Fußballspiel ungeheure Beliebtheit erworben habe.

Die Senatoren schüttelten den Kopf.

Das war noch nicht dagewesen.

Fußball macht Politik.

Immerhin, man empfand Hochachtung, denn der Mann hatte vermieden, daß die Wirtschaft des Landes erschüttert worden war.

Der Geschäftsträger bekam Anweisung, eine abwartende Haltung einzunehmen und sich freundlich zu den neuen Regierung zu stellen, die anscheinend eine größere Achtung für die Wohlfahrt des Landes und die gegenseitigen Handelsbeziehungen gab als die frühere.

(Fortsetzung folgt)

Streit bei Glatteis!

Die augenblickliche Jahreszeit mit ihren Witterungs-um-
schlägen, die nach Schnee und Kälte plötzlich Wärme und
mit milden Regnen unermittelt wieder starke Kälte bringen,
auf die dann im Ru der Straßen mit spiegelndem Eis über-
zieht, kann für den Hausbesitzer leicht ungeliebte un-
geheure Folgen haben, wenn er es verläßt, rechtzeitig
in ausreichendem Maße die Bürgersteige vor seinem
Haus mit Asche oder Sand bestreuen zu lassen. Hat er
es unterlassen und es ereignet sich ein Unfall, der auf diese
Ursache zurückzuführen ist, so ist der Hausbesitzer zum
Ersatz des Unfallschadens verpflichtet. Daran ändert auch
ein kurzlich in Düsseldorf ergangene Entscheidung des dorti-
gen Amtsgerichts nichts, da dieses an sich sehr interessante
Urteil nur eine gewisse, durch besondere Umstände hervor-
gerufene Einschränkung der grundsätzlichen Regelung bringt.

In dem Urteil wird ausgeführt, auf Grund vorgelegter
Zeugnisse müsse unterstellt werden, daß es sich bei der
Glatteisbildung an dem fraglichen Abend um einen ganz
außergewöhnlichen Vorgang handelte, wie er nur äußerst
ausnahmsweise als Eis nieder und erzeugte eine merklich
ortliche Glatte, daß ein Begehen der Straße kaum möglich
war.

Viele Unfälle waren die Folge. Streuen half kaum,
da sich auf dem Streumaterial wieder eine Einschliff bildete.
Da sich in diesen Umständen, betont das Gericht, kann eine Teil-
nahme darüber, ob und in welchem Umfange der Besagte
gestreut hat, dahingestellt bleiben; denn ein immerwährendes
gestreut kann ihm nicht zugemutet werden, ein periodisches
Streuen war aber so gut wie wirkungslos und schloß die
Unfallgefahr nicht aus. Damit entfallen aber — selbst wenn
Unfallgefahr des Klägers, die Streupflicht viel vernach-
lässigt, was, als richtig unterstellt wird — der im allge-
meinen anzunehmende kausale Zusammenhang zwischen
Unterlassung der Streupflicht und Unfall und die Vermutung,
daß der Unfall vermieden worden wäre, wenn der Besagte
mehr gestreut hätte. Wer sich bei solchem Glatteis auf die
Straße wagt, tut es auf eigene Gefahr. Die Klage war
also abzuweisen.

herausgehoben werden muß aber nochmals, daß es sich
hier um eine ganz außergewöhnlich starke Glättebildung
handelte, die eben durch Streuen nicht wirksam bekämpft
werden konnte. Die normale Streupflicht jedes Eigentümers
wird durch das Urteil nicht berührt und besteht nach wie
vor.

— **Deutscher Abend beim Turnverein „Froher
Mut“.** Im Laufe dieses Jahres kann der Turnverein
„Froher Mut“ sein 70-jähriges Bestehen feiern. Als Auf-
satz dieses Jubiläumsjahres will er am kommenden Sonn-
tag mit seinem Wollen und Wüten vor die Mitglieder
und einen Kreis geladener Freunde der deutschen Turn-
lage treten. Bei dieser Veranstaltung wollen die Turner
zeigen, was große Aufgaben sie zu erfüllen haben und
welches Ziel ihnen gestellt ist. Nicht ohne Bedacht
haben sie diese Veranstaltung in die zwei großen Abschnitte
eingeteilt: „Turner auf zum Streite“ und „Einigkeit
und Recht und Freiheit“. In dem ersten Teil, der
mit einem Einmarsch sämtlicher aktiven Turner und einem
Bekanntnis beginnt, treten die Turnerinnen und -samen
Mittelklassen der Turner auf. Der 2. Teil erhält einen
würdigen Abschluß durch die Aufführung des Freiheits-
spiels von Wilhelm Tell. Die ganze Veranstaltung, die
3½ Uhr beginnt, soll durch einen geselligen Turnball mit
Raffetafel beschlossen werden.

— **Bildspiele.** Am Sonntag läuft im hiesigen
Bildertheater der große Tonfilm „O alte Burschenher-
lichkeit“ mit 8 langen Akten. Dieser Film gibt uns einen
Einblick in das Studentenleben in Heidelberg, bei dem die
vertrauten Melodien, der ewig jungen Burschenlieder von
neuem erklingen. Neben 3 kleinen Filmen als Beiopro-
gramm wird als Einleitung für den in nächster Woche
von Freitag bis Sonntag laufenden Groß-Tonfilm „Die
elf Schützen Offiziere“ ein kurzer Abschnitt heraus vor-
geführt.

Aus Stadt und Land

Todesurteil gegen einen Kellnermörder. Das Hamburger
Schwurgericht verurteilte den Gefallen Heinrich Gundlach, der
am Juni d. J. seine Frau in deren Wohnung durch mehrere
Revolverkugeln tödlich verletzt hatte, wegen Mordes zum
Tode.

Verzweigungslust einer Mutter. Die 40 Jahre alte
Maria Weidhold, die in einem Leipziger Krankenhaus be-
schäftigt war, wurde mit ihren sieben und 10 Jahre alten
Anaben gasgerichtet tot aufgefunden. Die Frau hatte län-
gere Zeit ihre Miete nicht bezahlt und sollte aus ihrer Woh-
nung entfernt werden. Die drohende Obdachlosigkeit scheint sie
zu ihrer Verzweiflung getrieben zu haben.

Neuschnee in den schließlichen Bergen. Der erneute Ein-
bruch maritim-artistischer Kältefronten hat den schließlichen
Bergen tieferwinterliche Witterung gebracht. Fast allgemein
sind 20 Zentimeter, vielfach sogar bis zu 30 Zentimeter Neu-
schnee gefallen.

Eisenbahnunruhen in Siebenbürgen. In Klausen-
burg kam es zu schweren Streikunruhen. Etwa 2000 strei-
kende Eisenbahnarbeiter erklärten vor dem Gebäude der
Eisenbahndirektion, unterbrachen die Telefonleitungen und
forderten die Erfüllung einer Reihe sozialer Maßnahmen.
Da die Eisenbahndirektion die Forderungen nicht sofort be-
willigte, befehligte die Arbeiter das Verwaltungsgebäude der
Eisenbahnwerkstätten und sperrten sieben leitende Ingenieure
und 30 Beamte ein. Da die Lage bedrohlich war, wurde
Militär eingeleitet. Infanterie stellte im Verein mit der Po-
lice die Ruhe wieder her.

Sägewerk in Flammen. In dem Sägewerk der Firma
Krämer in Ochsenfurt (Unterfranken) brach ein Brand aus,
der in den Holzvorräten reichliche Nahrung fand. Das Feuer
brachte eine Preßluftflasche zur Explosion. Eine etwa 70
Meter entfernte stehende Frau wurde von einem Eisenstück
am Kopf getroffen und getötet. Das Feuer griff auf
Eiche und Stalling über und vernichtete bedeutende
Werte.

Beisetzung des Kardinals Frühwirth. Die sterbliche Hülle
des Kardinals Frühwirths wurde in dem Geburtsort des Ber-

großem kirchlichen Beileite und in Anwesenheit höchster
kirchlicher und staatlicher Würdenträger zu Grabe getragen.
Auch Bundespräsident Hindenburg und Bundeskanzler Dr. Brü-
ning nahmen an der Beisetzung teil.

Die Beisetzung von Bischof Teufel. In Hermann-
stadt fand unter außerordentlicher Beteiligung des ganzen
liebenbürgisch-sächsischen Volkes die Beisetzung des Bischofs
Teufel statt. Als Vertreter des Königs nahmen der Kom-
mandierende General des Hermannstädter Militärbezirks
und der Unterstaatssekretär für Ministerien teil. Der er-
krankte deutsche Botschafter hatte sich durch den deutschen
Konful in Kronstadt vertreten lassen. Die Trauerrede hielt
Bischof Glendys als Nachfolger des Verstorbenen.

Schwieriger Rückflug über die Alpen. Der Schweizer
Piloter Wilhelm Käfer, der mit seinem Segelflugzeug im
Schleppplan des Schweizer Fliegers Frey die Strecke Zü-
rich-Mailand in zweieinhalb Stunden bewältigt hatte, starb
am Dienstag bei gutem Wetter zum Rückflug, der jedoch
nicht vom Glück begünstigt war. Bei dem Versuch, auf dem
Flugplatz von Chur zu landen, geriet der Führer des Be-
gleitflugzeuges, Auerhofer, mit seinem Flugzeug in eine Bö-
genfuge, die ihn über die Alpen führte. Nach dem Versuch,
daß bei der Landung die Maschine zu Bruch ging. Nach
den bisher vorliegenden Meldungen haben jedoch Auerhofer
und die beiden an Bord befindlichen Journalisten keinen
Schaden genommen. Aber auch Käfer und der ihn schlep-
pende Frey haben ihr Ziel nicht erreicht. Bei Ueberquerung
der Lucmanus-Alpengruppe gerieten sie bei starkem Wind
plötzlich in eine Windböe. Das Segelflugzeug geriet in
die schwerste Lage, so daß man sich entschloß, von dem
Weiterflug Abstand zu nehmen und zu landen. Die Lan-
dung ist auf einem Feld bei Bellinzona glücklich erfolgt.

Polnischer Terror im Korridor. In Eggersbühne, Kreis
Karlsruhe, veranstaltete der Deutsche Landbund dieser Ge-
gend Winterveranstaltungen. In den Abendstunden drangen plötz-
lich acht Polen unter Führung eines polnischen Lehrers in
den Saal und begannen Streit. Der polnische Lehrer be-
drohte die Anwesenden mit einem Revolver, die anderen Ein-
dringlinge schlugen mit Faustschlägen, Stühlen und Knütteln
auf die Deutschen ein. Etwa 40 Personen wurden verletzt,
darunter einige schwer. Unter den Verletzten befinden sich
auch zahlreiche Frauen.

Eisenbahnunglück bei Moskau. — Acht Tote. In der
Nähe des Bahnhofs Sortimowolnaja bei Moskau sind acht
Personen, darunter mehrere Beamte ums Leben gekommen.
Außerdem wurden zahlreiche Personen teils schwer, teils
leichter verletzt. Die DSBM hat mehrere Personen ver-
haftet.



... einige Tropfen
MAGGI'S Würze
verbessern
das einfachste Essen.

Sammeln Sie MAGGI-Gutscheine!

Millionenunterzahlungen eines französischen Bankiers.
Wegen Unterzahlungen in Höhe von mehreren Millionen
Francs wurde in Lyon der Inhaber des 1925 gegründeten
Benoit Patissier verhaftet. Das Bankhaus unterhält sechs
Filialen.

Probefahrt des ersten Diesel-elektrischen Schnellzuges.
Der erste Diesel-elektrische Schnellzug in England führte eine
erfolgreiche Probefahrt auf der Strecke London-Birmingham
aus. Er legte die 180 Kilometer lange Strecke in der
normalen Fahrzeit eines Dampfzugzuges von 2 Stunden
7 Minuten zurück. Der Diesel-Zug wird während der Zeit
der englischen Industriemesse regelmäßig zwischen London
und Birmingham laufen. Die englische Eisenbahnbehörde
beabsichtigt, in Zukunft noch weitere Diesel-elektrische Züge
in den Dienst zu stellen, da sie sich als zuverlässig und billig
im Betrieb erweisen haben.

Großfeuer im New Yorker Flughafens. Die große Flug-
zeughalle auf dem Flughafen Rooseveltfeld auf Long Island
ist durch ein Großfeuer vernichtet worden. Dabei verbrannten
neun wertvolle Amphibien-Flugzeuge und mehrere Lehr-
flugzeuge. Die Ursache des Brandes ist in Verfluchen mit
Calcium-Nadeln zu suchen. Der Schaden ist beträchtlich, doch
soll er größtenteils durch Versicherung gedeckt sein.

Neunkirchen in Trauer

Neunkirchen, 15. Februar.

Ueber Neunkirchen liegt tiefe Stille der Trauer. Die
Fahnen wehen auf Halbmaß, Haus für Haus. Und ebenso
trauert das gelamte deutsche Vaterland im innigen Mit-
empfinden mit dieser treudeutschen Stadt. Mit dem Bi-
zanzler von Papen und dem Reichsarbeitsminister Selbte
sind aus allen Teilen des Reiches Tausende von Trauer-
gästen nach Neunkirchen gekommen.

Den Beginn der Beilegungsfeierlichkeiten bildeten
Trauer Gottesdienste in den Kirchen der Stadt.
Unüberbörbar ist die Trauergemeinde in der Christus-
kirche und auf dem Platz vor der Kirche Dampf beginnen
die Glocken aller Kirchen der Stadt zu läuten. Auf dem
Markt stehen die Leichenwagen, eine erschütternde lange
Reihe.

**Riefige Blumenpenden bedecken die schlichten braunen
Särge.**

Als Vertreter der Reichsregierung wohnen Vizkanzler von
Papen und Reichsarbeitsminister Selbte dem Trauer-
gottesdienst bei. Als Vertreter des früheren Kaisers ist Ge-
neral Ragenet anwesend. Weiter haben sich die Mit-
glieder der Familie Stumm, der Oberpräsident der Rhein-
provinz Dr. Fuchs, Regierungspräsident Dr. Saaben-Trier,
die Regierungskommissare und eine französische Offiziersab-
ordnung eingefunden.

Ein Trauermarsch von Beethoven ertönt und ergreift
die Herzen. Nach einem Lied des Arbeiterkammerbundes
sprach Generalleutnant Dr. Stollenhoff-Koblenz. Er
erinnerte daran, daß kaum das Leid, das die furchtbare
Grubentatropfen im Jahre 1930 über das Land an der
Saar brachte, verblaßt ist und schon wieder Jahre läymen-
des Entlegen durch Herz und Glieder.

Alles sei zu überwinden durch die Kraft dessen, der die
Menschheit gebildet habe: Gott. Gott gebe, so schloß Dr. Stol-
lenhoff, daß die gegenwärtige Trauerstunde auf dem Markt
von Neunkirchen für alle ein tief einbringlicher Auf sei hin
zu dem, der das unerhörte gewaltige Wort sprechen durfte:
Ich bin die Auferstehung und das Leben.

Nach einem Biederorttrag des Saar-Sängerbun-
des ergriß Weichhof Dr. Moench-Trier, der selbst
lange Jahre Seelsorger in Neunkirchen gewesen war, das
Wort. Er wies darauf hin, wie viel furchtbare die Wirk-
lichkeit überall, wohin man sieht, wohin man hört. Aber
die innigste Teilnahme des ganzen deutschen Volkes mit den
Hinterbliebenen sei gewiß.

Nach dem von der Feuerwehrtasche gelieferten Tho-
rat: „Wenn ich einmal tot liege“ legte sich der Trauer-
zug unter Geläut aller Glocken nach dem Friedhof in Be-
wegung.

Zuerst die Leichen, dann die kirchlichen Korporati-
onen, dann die Beamten und Angehörigen des Eisenwerks
und der Stadt, an die sich die Teilnehmer an der eigentlichen
Trauerfeier vom Unteren Markt anschließen, die Reihe der
zehn Leichenwagen mit den 40 evangelischen Toten und ihre
Angehörigen, dann in gleicher Ordnung der Trauerzug der
katholischen Toten. Hier sind es vier Wagen mit 16 Opfern.

Die offiziellen Trauergäste, Vizkanzler von Papen,
Reichsarbeitsminister Selbte u. a. haben zwischen dem
evangelischen und dem katholischen Trauerzug Aufstellung
genommen. An die 20.000 Menschen und mehr bewegen sich
hinter den Särgen durch die Stadt. An der Mauer, in dem
um die Kapelle liegenden Teil des Friedhofs hat man das
Ehrengrab gegraben, ein gemeinsames Grab für alle
Katholiken auf der einen Seite, ein gleiches für die evan-
gelischen Opfer auf der anderen Seite des Weges. In der
Mitte der Anlage wird bald ein Denkmal errichtet werden
und ein gemeinsamer Grabstein für alle.

Nach der Ankunft auf dem Friedhof hielt die katholische
Geistlichkeit nach ihrem Ritus die Schlussfeierlichkeit. Für
die evangelischen Toten und ihre Angehörigen sprach Bfar-
ter Teske einige Worte. Damit war die Trauerfeier beendet.

Familiengrabstätte in Berlin

Berlin, 15. Februar.

In Reinickendorf-Ost ist eine furchtbare Familiengrabstätte
aufgedeckt worden, die sich vermutlich schon Sonnabend
ergeignet hat. Der 38-jährige stellungslose Büroangestellte Jaap
Sötele seine Frau und seine beiden Kinder, einen 11-jährigen
Anaben und ein 3½-jähriges Mädchen, als sie im Schlafe la-
gen und beging hierauf Selbstmord.

Die Aufgaben der Presse

Eine Ansprache des Reichszanzlers Hitler.

Berlin, 15. Februar.

Reichszanzler Hitler empfing in der Reichszanzlei die
nationalsozialistische Presse, deren Vertreter zahlreich aus
dem ganzen Reich der Einladung gefolgt waren. Nach der
Begrüßung und Vorstellung der Anwesenden behandelte der
Zanzler die Aufgaben der Presse. Er betonte die Notwendig-
keit einer sinnvollen Zusammenarbeit der gesamten nation-
alen Presse, die sich mit der Regierung als eine Einheit
fühlen müsse, und wies auf die entscheidende Bedeutung des
Kampfes hin, der nicht zuletzt von der nationalsozialistischen
Presse draußen im Lande um die Seele des Volkes durch-
geführt werden müsse.

Ueber die unmittelbaren Notwendigkeiten der nation-
alen Pressearbeit hinaus, die der Zanzler im einzelnen
aufzeigte, könne aber nunmehr die nationalsozialistische
Presse auch die große nationale Aufgabe ins Auge fassen,
für die sie bisher bereits unter ungünstigsten Verhältnissen
und auf schwerstem Posten Pionierarbeit geleistet habe, an
deren Durchführung sie nun aber entscheidend mitwirken
berufen sei.

Die Erziehung der ganzen deutschen Presse zum Ge-
danken des Dienstes am Volke als den obersten Grundfatz,
aus dem die Presse als öffentliche Einrichtung ihre Daseins-
berechtigung überhaupt ableite. An die Stelle unent-
wertlicher Sensations- und Populärzeitschriften müsse in
Zukunft die deutsche Presse das Ziel setzen, zu einem wirk-
lichen Ausdrucks- und zu einem getreuen Spiegelbild deut-
schen Lebens und Geistes zu werden.

Die Spitzenkandidaten der Volkspartei

Berlin, 15. September.

Die Deutsche Volkspartei hat jetzt ihre Reichs- und
Landesliste aufgestellt. Die Reichsliste wird geführt von dem
Partei-führer Dingeldey, der aber auch im Wahlkreis
Dresden kandidiert und voraussichtlich dort ein Mandat er-
hält. An 2. Stelle steht auf der Reichsliste Simpfen-
dörfer vom Christlich-Sozialen Volksdienst. Die Landes-
liste wird von dem bisherigen Fraktionsführer der DVP im
Preussischen Landtag, Stendel, angeführt.

Kartoffelsuppe mit Wismatohl. Zu-
taten: 1½ Liter Fleischbrühe aus 5 Maggi's Fleischbrü-
würfeln, 1 kg rohe Kartoffelscheiben, 1 halber Kopf Wir-
sing, 1 Mohrrübe, ½ Kanne Sellerie, 50 g Butter, ¼
Dose junge eingemachte Erbsen, 1 Eiweiß, 2 Eßlöffel saure
Sahne, geröstete Brotwürfel. Zubereitung: Die Kartoffel-
scheiben, den feingehackten Wismatohl, die geröstete
Mohrrübe und den recht feingehackten Sellerie kocht
man in der Fleischbrühe so weich, daß man die Gemüse
durchstreichen kann. Dann läßt man die Suppe noch ein-
mal aufkochen, rührt die Butter hinein, zieht sie mit dem
mit der Sahne gut verquirlten Eiweiß ab und gibt zu-
legt die eingemachten erwärmten jungen Erbsen hinein.
Kleine geröstete Semmelwürfel reicht man nebenher.

Chlorodont - die Qualitäts-Zahnpaste -

Chlorodont, morgens und vor allem abends angewendet:

beseitigt häßlichen Zahnschmerz
und üblen Mundgeruch

ist sparsam im Verbrauch
und daher preiswert

Inferieren bringt Gewinn.